Nr. 113 2. Ausgabe

Sonntag, 27. April 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 26, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 7060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 3.50, mit Platzvorschrift M. 4.— Für Stellen- oder Kunstlos 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach Tarif. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sonderrabatt. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anfrage und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ausgeschlossen. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn (Postbezug):
Ausgabe A ohne „Illustrierte Neueste" monatlich Kr. 3.51
„ B mit „Illustrierte Neueste" „ „ 3.79
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Die verschleierte Dame

Von unserm ▽-Mitarbeiter

Haag, 23. April

Im Mordprozeß der Frau Caillaux, Juli 1914, führten verschiedene Zeugen sehr ehrenrührige Reden über den Präsidenten Poincaré, den sie der Mitarbeit an Caillaux politischer Vernichtung beschuldigten. Tatsächlich gelangte dem später von Frau Caillaux ermordeten „Figaro"-Direktor Calmette ein „Dossier" (Aktenmaterial) in die Hände, dessen Zusammenstellung aus der Zeit stammte, wo Poincaré noch Minister des Auswärtigen war. Etliche Stücke waren zu besonderem Zwecke gefälscht. Das Bündel wurde Calmette auf Umwegen aus dem elysäischen Palaste zugeschoben. Caillaux Gattin zog daraus die bekannten Revolver-Konsequenzen . . .

Die Katze läßt das Mausen nicht. Raymond, der durch seine Flucht nach Bordeaux einen schmierigen Flecken in seine „gloire" brachte, der außerdem den peinlichen Kniefall vor Clemenceau, seinem schärfsten Gegner, machen mußte, um sich den Folgen eines ihm drohenden Enthüllungsfeldzuges zu entziehen, ließ es sich, trotz bösesten Erfahrungen, nicht nehmen, während des Krieges (man sagt „seines Krieges") den großen Detektiv, den heimlichen Drahtzieher zu spielen. Seine kleine Advokatenhand arbeitete zumindest mit einer großen Behendigkeit in den wichtigsten Spionage- und Gegenspionage-Affären, die jetzt wie Harz aus dem Freiheitsbaume der französischen Republik träufeln und allmählich einen recht schwierigen Zustand für die um Reinlichkeit besorgten Geschäftspolitiker schaffen. Gewiß, es ist sehr vieles „fürs Vaterland" geschehen, aber wenn man die sozialistischen Zeitungen liest, so merkt man, daß die Tätigkeit der um das sogenannte zweite militärische Bureau (Spionagesachen) gescharten Politiker, Journalisten, Spekulanten und Finanzmänner sehr einträglich war. Die Millionen flossen, die Intrigen häuften sich zu einem Berge, den zu durchdringen heute verschiedene cabinetische Persönlichkeiten unternehmen, allem Anscheine nach, mit der Absicht, die Herrschaften unter den Trümmern zu begraben und ein neues einträgliches Geschäft für die Zerstörer zu gründen. Das ist der Lauf der Dinge. — Die Sozialisten helfen ihrerseits kräftig mit, den Minenstollen in den Berg zu treiben. Sie erhoffen für sich davon einen großen Erfolg. Der Präsident Poincaré aber sitzt in der Gefahrenzone, denn die ersten Scharmützel, die sich im Prozesse des Senators Humbert abspielen, die als Auftakt anzusehenden Mitteilungen über gefälschte Briefdaten, über arrangierte Meineide, über verschwiegene Beziehungen des Präsidenten zu allerlei Gegenspionen männlichen und weiblichen Geschlechtes, all diese — „Kleinigkeiten" (wie sich Humberts schlauer Verteidiger Moro-Giafferi ausdrückt) bilden nichts weiter als das Vorspiel zu dem großen Krach, der zweifellos eine erkleckliche Anzahl populärer Persönlichkeiten umschneiden wird.

Vorläufig kann sich Poincaré noch hinter die Staatsverfassung zurückziehen, die ihm gestattet, sich einer „Zeugenaussage" zu entziehen. Wie mag es aber dem Präsidenten ergehen, wenn sich die Anschuldigungen häufen, wenn die kompromittierenden Gerichtssaalenthüllungen noch ärgerlicher und schimpflicher werden für den Herrn im Elysee? Die sozialistische Presse Frankreichs bereitet auf stürmisches Wetter vor. Es liegt natürlich vor allem im Interesse der Nationalisten, die Skandalerie zu verhüten, den Präsidenten zu decken. Clemenceau muß erst den Frieden machen. Dann mag der Tanz, zu dem sich der mit politischem Schwerelektrik vorbereitete Wahlkampf gesellen wird, beginnen. Vielleicht opfern dann die Nationalisten ihren zur Zeit noch von den schlimmsten Gebern verherrlichten Poincaré und suchen einen praktischen Ausweg aus dem auch sie bedrohenden Skandal. So, wie die Dinge heute stehen, arbeiten die sozialistischen Gruppen Frankreichs, vereinigt mit radikalsozialistischen Parteimännern, auf eine beschleunigte „Erledigung" des Staatschefs hin. Und sie haben einen starken Trumpf gegen Poincaré in Händen. Dieser Trumpf heißt: Frau de Rochebrune-Rissart, die Spionin des Präsidenten. Frau Rissart (Rochebrune ist bloß ein Decknamen) stand im Solde der von Poincaré im Elysee eingerichteten Spionageabteilung großen Stils. Sie kompromittierte sich im Humbert-Prozeß dadurch, daß sie einen Meineid ablegte. Sie wollte Bolo, den als Spion erschossenen Zeitungsspekulanten, nicht gekannt haben. Ein aus dem Aktenmaterial des Elysees entwendeter Brief der Frau Rissart bewies das Gegenteil. Der Staatsanwalt erhob seine schützende Hand, und die Meineidige wurde freigegeben. Das Erscheinen der Dame im Gerichtssaale ist jedoch ein böses Vorzeichen für Poincaré. Frau Rissart arbeitete nämlich für einfältige Rechnung in der Affäre Caillaux. Sie machte im Auftrage der Firma Meilen nach der Schweiz und Italien. Sie schrieb „Noten", in denen sie Caillaux des Einverständnisses mit dem Feinde bezichtigte, und diese Noten gingen der Staatspolizei zu, die damit das Belastungsmaterial gegen Caillaux verdichtete. Im Humbert-Prozesse stellte die Rissart den Präsidenten bloß und vernichtete selbst die Glaubwürdigkeit ihrer „Noten". Man spricht nun in der sozialistischen Presse von einer im Elysee betriebenen Fälschungsarbeit, um Caillaux ins Gefängnis zu bringen. Wie einige dem Herausgeber des „Figaro", Calmette, zugeschickte Telegramme Caillaux gefälscht waren, so sind auch die aus dem Geheimfache Poincarés kommenden Angaben über Caillaux „Verrat" ein Fabrikat derselben Spionageabteilung. Frau Rissart, der man den Beinamen „verschleierte Dame" verlieh, steckt auch hinter diesen Operationen.

Im Humbert-Prozeß sickerte nur wenig durch, die Sozialistenpresse verspricht aber Ausführliches für die allernächste Zeit. Humbert, der sich einiger Millionen bediente, die ihm Bolo-Pascha bereitwilligst gab, Humbert, der Mann Creuzot-Schneiders, in dessen Auftrage er den Steuerruf: Kanonen, Kanonen und Munition! ausstieß, — er wird sich aus der Schlinge ziehen. Die Anklage wird immer schwächer, die Verteidigung immer dreister und anzüglicher. Vevor der Caillaux-Prozeß beginnt, wird sich die sozialistische Opposition mit Poincaré eingehend befassen. Man wartet auf das Stichwort. Und gleich nach der Unterzeichnung des Friedens soll es losgehen.

Standrecht in Bayern

Die neuen Umsturzpläne der Radikalen in Nürnberg, über die wir schon berichteten, sind entdeckt worden, bevor die Bewegung sich ausbreiten konnte. Das Generalkommando des 8. bayrischen Armeekorps in Nürnberg kannte die Absichten der Umstürzler und hat sofort die strengsten Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet. Es soll bereits ein Waffenlager der Spartakiden beschlagnahmt worden sein. Sonnabend vormittag wurde in Nürnberg der Spartakus-Führer Franz Schmidt erschossen, als er sich der Festnahme widersetzte. Das Generalkommando hat die schärfsten Vorkehrungen gegen etwaige Putsche getroffen:

× **Nürnberg, 26. April. Vom Kommando und vom Vollzugsausschuß des 3. Armeekorps ergeht folgende Bekanntmachung: Es ist festgestellt, daß Führer der U. S. P. D. und der Kommunisten den gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Regierung Hoffmann organisieren und mit Waffen die militärische und bürgerliche Gewalt stürzen und diese durch ihre Diktatur ersetzen wollen. Durch dieses hochverräterische Beginnen wird pflichtgemäße Abwehr ohne Zaudern nötig. Deshalb wird mit aller Strenge angeordnet: Die Straße bleibt frei! Ansammlungen werden nicht geduldet! Umzüge sind verboten! Das Militär wird gegen jeden, der diese Anordnungen übertritt, mit Waffengewalt vorgehen. Die Bevölkerung ist gewarnt. Jeder Friedliebende wird die Maßnahmen billigen und die bewaffnete Macht unterstützen.**

* **Nürnberg, 26. April. Die verflossene Nacht verlief unruhig. Eine Versammlung der Rechtssozialisten wurde von Unabhängigen und Kommunisten gesprengt. Es wurde eine Anzahl spartakistischer Führer verhaftet. Bei einem Zusammenstoß wurde einer von diesen getötet. Ueber Nürnberg wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt.**

* **Bamberg, 26. April. Heute wurde über das ganze rechtsrheinische Bayern das Standrecht verhängt. Die Operationen gegen München nehmen ihren planmäßigen Fortgang. Die Truppen sind teilweise schon bis München herangezogen. Durnau steht auf Seiten der Regierung Hoffmann. Kempten und Umgebung erhalten Zuzug von Spartakiden aus München und Augsburg.**

× **Stuttgart, 26. April. Das Kriegsministerium teilt mit: Die Lage bei den in Bayern verwendeten württembergischen Truppen ist unverändert. Den Oberbefehl über die sämtlichen Truppen, die gegen die Spartakiden in München operieren, hat im Einvernehmen mit der württembergischen und bayrischen Regierung der Reichswehrminister Noske übernommen. Ueber München liegt die Nachricht vor, die Stärke der Roten Armee werde auf 35 000—60 000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl nur als Mitläufer anzusehen sei. Die hohe Zahl der Mitläufer erkläre sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der spartakistischen Regierung nur an die waffentragenden Anhänger ausgezahlt wird. Die Zahl der kampfverwendungsfähigen Truppen wird auf 12 000 Mann bei den Spartakiden geschätzt. Die Bürger Münchens sollen Brot in ausreichender Menge, doch keine Kohlen erhalten.**

Der Oberbefehlshaber der bayrischen Truppen, General Möhl, ist von Bamberg in sein Hauptquartier abgereist. In einem Pressevertreter äußerte er: „Ich empfinde die übernommene Aufgabe als die bitterste und unangenehmste meines Lebens, und Offiziere und Mannschaften sind sich darin einig mit mir. Wir hätten uns alle etwas anderes gewünscht, als gegen München Krieg führen zu müssen. Ich persönlich wäre sehr froh, wenn das Verhalten des Gegners es uns in letzter Stunde doch noch ermöglichen würde, unsre Aufgabe ohne Blutvergießen zu lösen." Nach einer Meldung aus Bamberg wurde die Stadt Landshut den Spartakiden von den Regierungstruppen entrissen. Die Münchner Kommunisten sandten fünf Sonderzüge mit Rotgardisten zum Entsatz ab, kamen aber damit zu spät. Landshut ist fest in den Händen der Regierungstruppen. Dagegen haben die Spartakiden den Kordon um München längs der Würm bis zum Starnberger- und Ammer-See vorgeschoben. Der Finanzkommissar Männer erklärte, daß die Räterepublik am Ende ihrer Mittel angelangt sei. Es wurden drei Millionen neues städtisches Geld beschlagnahmt und außerdem 18 Millionen schon durchlöchertes und für ungültig erklärtes Geld zwangsweise wieder in den Verkehr gebracht, aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da allein die Löhne der 20 000 Rotgardisten 500 000 M. betragen. — Das läßt beinahe darauf schließen, daß die Räteregierung in München zusammenbricht, bevor die Regierungstruppen eingegriffen haben.

Die Lage in Augsburg

× **Augsburg, 26. April. Der militärische Tagesbericht vom 25. April meldet keine besonderen Ereignisse. Mit dem Abtransport der württembergischen Truppen wurde begonnen. Es bleiben in Augsburg bis zur Uebernahme der Sicherung durch verläßliche Stadtvolkswehr so viele Regierungstruppen zurück, daß die Ruhe der Stadt unbedingt gesichert ist. Nach Meldungen aus Fürstenfeld-Bruck haben die Spartakiden dort verbreitet, daß die Regierungstruppen in Augsburg furchtbar gehaust, geraubt und geplündert und 60 Personen den Kopf abgeschnitten hätten. Die Augsburger Bevölkerung kann an Hand der bisherigen Ereignisse die Unrichtigkeit und Gemeinheit dieser Lügen feststellen und sie als Maßstab für die Beurteilung weiterer unsinniger Gerüchte benutzen, wie sie von Spartakiden mit Vorliebe auch in Augsburg ausgestreut werden.**

*

Waffensuche in Hamburg

* **Hamburg, 26. April. Durch die besonnene Haltung der Hamburger Bevölkerung ist die Durchführung der militärischen Maßnahmen gegen organisierte Verbrecherbanden erleichtert und wird daher eine Milderung des Belagerungszustandes von heute an festgesetzt. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr verlegt. Die Kommandantur hofft, bei weitgehender Unterstützung durch die Hamburger Bevölkerung den Belagerungszustand noch vor dem 1. Mai wieder aufheben zu können. Wie Sankt Pauli, so wurde in der letzten Nacht auch die Neustadt durch Drahtverhaue und eine Postenkette von 1500 Soldaten abgesperrt. Mehrere hundert Polizeibeamte zusammen mit Sicherheitsmannschaften durchsuchen die Häuser und finden viele Waffen. Eine Anzahl von Leuten ist verhaftet, die sich ohne Ausweis in ihren Schlupfwinkeln aufhalten. Die letzte Nacht verlief verhältnismäßig ruhig.**

*

Ausschreitungen in Bremen

* **Bremen, 26. April. Es wird noch gemeldet, daß die Lebensmittelgeschäfte heute wieder geöffnet wurden. Vor diesen kam es infolge des großen Andranges stellenweise zu Ausschreitungen, wobei die Fensterscheiben zertrümmert wurden. Heute früh sandte auch die Straßenbahn wieder ihren ersten Wagen hinaus. Am Gewerkschaftshause in der Paul-Straße versuchte ein Mann aus der Menge heraus einen Straßenbahnführer von seinem Stand herunterzuholen. Als Regierungstruppen dazwischen kamen, ergriff der Mann die Flucht und wurde, da er auf mehrmaliges Anrufen hin nicht stehen blieb, erschossen. An derselben Stelle wurden die Wagen der Müllabfuhr, die in ihre Bezirke fahren wollten, umzuwenden, umkehren. Der Post- und Telegraphenbetrieb ist noch nicht wieder aufgenommen. Dies wird erst durch eine besondere Bekanntmachung der Stadtkommandantur geschehen.**

*

Der erlöschende Ruhr-Streik

× **Essen, 26. April. In der heutigen Frühschicht sind 96 045 Bergarbeiter nicht zur Anfahrt erschienen gegen 44 658 in der gestrigen Morgenschicht. Es fehlen 16,60 Prozent der Gesamtbelegschaften der Frühschicht gegen 20,58 Prozent gestern.**

*

Ueberfall auf Arbeitswillige

k. **Rockenhausen, 26. April. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Zeche Westerholz überfielen Aufständische die von der Arbeit kommenden Bergleute, von denen mehrere verletzt wurden. Militär hat die Schachtanlagen besetzt.**

*

Die Schließung oberschlesischer Hütten

* **Berlin, 26. April. Die Meldung von der beabsichtigten Schließung der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte bestätigt sich in bezug auf die Hüttenwerke. Die Betriebe der Gruben sollen aufrecht erhalten werden. Die Vorbereitungen für die Betriebseinstellung werden schon jetzt getroffen. Mit Ende des Monats wird hiernach eines der größten Eisenwerke Oberschlesiens, das Tausenden von Arbeitern Beschäftigung und Brot gab, auf unbestimmte Zeit stillstehen. Der Grund hierfür scheint außer den ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Erschöpfung der Erzvorräte zu liegen.**

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Nachricht, daß die Werke der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte schon am 30. d. M. eingestellt werden sollen, trifft nicht zu. Da die Verhandlungen zur Einstellung, die im Gange sind, naturgemäß einige Zeit erfordern, werden sie bis zum 30. April nicht beendet sein können.

Zusagen an die Kriegsbeschädigten

WTB. **Berlin, 26. April. Von zuständiger Seite erfahren wir: Eine Besprechung zwischen der Regierung und den großen Verbänden der Kriegsbeschädigten hat am 25. d. M. unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsministeriums stattgefunden. Die Regierung war in der Lage, darzutun, daß die von den Kriegsbeschädigten geforderten gesetzlichen Maßnahmen zum erheblichen Teil sich in Arbeit befinden oder unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Die Kriegsbeschädigten werden durch ihre Verbände in umfassender Weise zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch hinsichtlich einer sofortigen Hilfe konnte die Regierung auf Grund der seit längerem gepflogenen Vorarbeiten Zusagen machen, die dem Kern der Forderungen gerecht werden. Es wurde ein weitgehendes Einvernehmen in der Besprechung erzielt. Eine ausführliche Antwort wird auf Grund der Besprechungen ausgearbeitet und den Verbänden am Sonntag vormittag übermittelt werden.**

Die Reise nach Versailles

Am Montag mittag soll die Friedensdelegation im Sonderzug nach Versailles reisen. Man wird sie dort im Hôtel des réservoirs einquartieren, die Journalisten (unter denen sich als Vertreter der Dresdner Neuesten Nachrichten unser langjähriger Pariser Korrespondent befindet) im dicht benachbarten Hotel Lapet. Alles deutet darauf hin, daß die „Bewegungsfreiheit" sich kaum weit über dieses Gebiet hinaus erstrecken wird. Nach Paris wird kaum ein Deutscher hineingelangen. Nicht als ob das an sich bedauerlich wäre. Zu interessanten Großstadtausflügen ist weder die Zeit noch die Gelegenheit. Wichtig aber wäre für die Mitglieder der Delegation der Verkehr mit namhaften französischen Politikern und gegenseitige Aufklärung. Wenn man die französische Presse dieser Tage anschaut und auch die englische, so kommt man zu dem Ergebnis, daß dies ein frommer Wunsch bleiben wird.

Zunächst bemüht sich der gut dirigierte Chor fast einstimmig, die — Verhandlungen abzulehnen. Es gibt da zweierlei Taktik. Die Pariser Boulevardblätter „Matin", „Echo de Paris", „Figaro" vertreten den Gedanken Clemenceaus: Unterzeichnung des fertigen Friedensvertrags ohne tiefgehende Diskussion, bloß formelle Einwendungen, die an dem Geiste des Friedensvertrages, an den einmal fixierten Forderungen Frankreichs nichts mehr ändern können. Im gleichen Sinne spricht die Northcliffe-Presse, die seit dem Zwischenfalle Lloyd George—Northcliffe noch schärfer für den „französischen Frieden ohne Gequassel" eintritt. Die andre Richtung sieht wohl auf den ersten Blick etwas zahmer aus, sie beliebt nicht den gebräuchlichen Ton der Chauvinistenpresse, aber sie billigt den deutschen Unterhändlern keineswegs das Recht zu, den Friedensvertrag zu „diskutieren". Die gemäßigte Richtung gestattet bei grundsätzlicher Annahme des fertigen Vertrages den Deutschen die nachherige Behandlung einiger Punkte von geringerer Bedeutung. Mehr nicht . . . Bei genauer Untersuchung der täglich aus Paris und London anstürmenden Pressekommentare, die sich mit den Friedenschancen befassen, fällt es auf, daß die Regierungsblätter den Standpunkt des vorgeschriebenen Friedens „aus praktischen Gründen" empfehlen, wobei sie nun aber den Hochs nicht die Krallen zeigen, sondern das Sanftpfötchen. Sie sagen: „es liegt im Interesse der Deutschen, den Frieden so hurtig wie möglich heimzubringen, den Frieden, den wir so sanft, wie es möglich war, zurechtgezimmert haben." „Und" — sagen sie weiter — „es liegt auch im Interesse der Alliierten, nicht durch zeitraubende Verhandlungen die innere Festigkeit der Alliierten zu schwächen, nicht die innerpolitische Lage in Frankreich und England zu verschlechtern." In diesem Geiste sprechen „Daily Chronicle", das Organ Lloyd Georges, und der „Temps", dessen Politik noch immer von André Tardieu, dem zweiten französischen Delegierten, beeinflußt wird. Also bloß in der Sprache besteht eigentlich ein Unterschied. „Daily Mail" und „Times", die — nach Lloyd George — nichts mit der Regierung zu tun haben, verweigern den Frieden durch Unterhandlungen in groben, brutalen Worten. Sie rufen Foch zu Hilfe, um zu erklären, daß ein diktierter Friede (samt dem Saar-Gebiet und dem linken Rheinufer allein der Sieger würdig sei, schimpfen auf Lloyd George, der „den Deutschen Redefreiheit gewähren" wolle. Das ist nun nicht einmal richtig, denn „Daily Chronicle", eben Lloyd Georges Organ, erklärt sich gegen jede Diskussion.

In Frankreich marschiert die nationalistische Presse geschlossen. Sowohl die Regierungsblätter, „Petit Parisien", „Petit Journal", wie auch die clemenceistischen Sensationsblätter zweiten und dritten Ranges befleißigen sich des gleichen ernsteingenden und erhabenen Tones. Alle schlagen sie auf denselben Reif los: die Deutschen müssen Frieden schließen, weil sie nicht anders können. 500 000 deutsche Kriegsgefangene sind in unsern Händen; die Angehörigen dieser Gefangenen werden darauf drücken, daß die Regierung den Frieden um jeden Preis schließen muß. Die Deutschen wissen noch nicht, daß wir diese Gefangenen dennoch zurückhalten werden, als Arbeiter im Aufbaugebiete." In vier Pariser Zeitungen — „Matin", „Figaro", „Petit Journal", „Homme Libre" — wird das als — „Beruhigungsnote" veröffentlicht.

Ein Blick auf die sozialistischen Organe Frankreichs beweist, daß in dem Lager der Mehrheitssozialisten eher Furcht vor einem Vergewaltigungsfrieden gegen Deutschland wohnt, als die Hoffnung, an dem „Laufe des Schicksals" — „Humanité" schreibt so — „etwas ändern zu können". Die Artikel dieser Blätter wenden sich scharf gegen die „Undankbarkeit der französischen Regierung, die Wilson in den Himmel hob, den sie jetzt ablehnte. Sie fordern den Frieden, der auf den vierzehn Punkten ruhen soll, aber sie befürchten, daß die Kammermehrheit (ungefähr 300 gegen 90 Stimmen) für den Unterdrückungsfrieden sei. Und es kommt zur Bewertung aller dieser Stimmen und Symptome noch hinzu, was alle Blätter unterstreichen: Foch erklärte, daß Bolschewismus in Frankreich ausgeschlossen ist. Hierin liegt die Schwäche Deutschlands, aus dem Tag für Tag in der französischen und englischen Presse bolschewistische, kommunistische Erscheinungen mitgeteilt werden, die geradezu feldmörderisch wirken, zum Schaden eher den Frieden durch Schwächung Deutschlands im entscheidenden Augenblick ungünstig beeinflussen müssen. Diese Vorgänge in Deutschland schwächen aber zugleich auch die Stellung der französischen Sozialisten, die den Verdacht melden müssen, mit den wildgewordenen Radikalen in Deutschland etwas zu tun zu haben, oder gar für sie einzutreten.

So steht es um die Möglichkeiten derer, die für Deutschland in Paris den Gerechtigkeitsfrieden der 14 Punkte herausholen sollen. Auf dem Mitekongreß noch meinte Julius Kaliski, von Frankreich sei mehr Entgegenkommen zu erwarten, als von England und

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919042702/1